

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

(61. - öffentliche - Sitzung am 30. Oktober 2019)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Maßnahmen zum Kinderschutz, insbesondere nach dem Kindesmissbrauch in Lügde**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4486](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung des Gesetzentwurfs ab. Er empfahl dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlagen 3 und 4 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD

3. **Zulassung für Medizinprodukte reformieren - Sicherheit des Patienten muss an erster Stelle stehen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3941](#)

Der Ausschuss begann mit der Mitberatung des Antrags. Für die weitere Beratung erbat er einen aktuellen Sachstandsbericht der Landesregierung.

4. **Für eine Jugendhilfe, die Leistung nicht bestraft**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/4307](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die abschließende Beratung des Antrags stellte er zurück.

5. a) **Zukunft der Geburtshilfe in Niedersachsen sichern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1065](#)

- b) **Hebammenversorgung in Niedersachsen flächendeckend sichern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/4815](#)

- c) **Geburtshilfe in Niedersachsen stärken - Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/4819](#)

Der Ausschuss erbat vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie vom Ministerium für Wissenschaft und Kultur für eine der nächsten Sitzungen eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand.

6. **Versorgung von Demenzkranken verbessern - Careteams im Krankenhaus einsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3928](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Antrags fort. Die abschließende Behandlung stellte er bis zu der Sitzung am 7. November 2019 zurück.

7. **Unterrichtungswunsch**

Der Ausschuss bat die Landesregierung für eine der nächsten Sitzungen um eine Unterrichtung über den Kinder- und Jugendbericht.